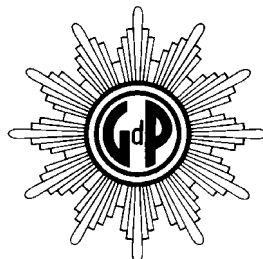


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 11. Juli 2005

GdP: Höhere Mehrwertsteuer belastet einseitig Polizistinnen und Polizisten

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei lehnt die von der Union geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als erneute einseitige Belastung der Beamtinnen und Beamten ab. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Während die übrigen Beschäftigten eine zumindest teilweise Entlastung über die geplante Absenkung der Arbeitslosenbeiträge haben werden, kann eine solche Kompensation bei Beamtinnen und Beamten nicht stattfinden. Sie sind von der Mehrwertsteuererhöhung in voller Höhe betroffen.“

Mit der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Aufhebung der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen und der Streichung der Pendlerpauschale sei die Grenze des Zumutbaren für die Beamtinnen und Beamten überschritten, so der GdP-Vorsitzende.

Freiberg: „Unsere Beamtinnen und Beamten bei der Polizei haben zahlreiche Einkommensverschlechterungen, wie die Streichung bzw. Absenkung des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes bereits hinnehmen müssen. Auch bei der Altersvorsorge geht es seit Jahren bergab. Die neuen Pläne machen für uns Polizeibeamtinnen und –beamten das Maß voll.“

Die geplante Mehrwertsteuererhöhung, so die GdP, kenne nur Verlierer: Arbeitnehmer würden belastet, Arbeitgeber kaum entlastet, der Arbeitsmarkt nicht belebt und die Binnenkonjunktur nicht angeheizt.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

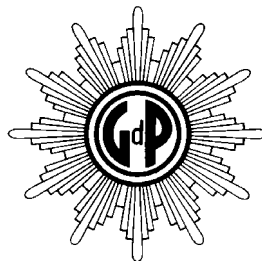
Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 11. Juli 2005

GdP lehnt Militarisierung der Inneren Sicherheit ab

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei hat die Pläne der Unionsparteien zurückgewiesen nach den Anschlägen in London, die Bundeswehr künftig auch für Polizeiaufgaben einzusetzen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Die gestiegene Bedrohung durch den Terrorismus erfordert polizeiliche Antworten, wie etwa ein besserer Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden, eine gemeinsame Datei islamischer Terrorverdächtiger, die Beseitigung gesetzlicher Defizite und vor allen Dingen eine Beendigung der Personal Kürzungen bei der Polizei in den Bundesländern. Die Bundeswehr ist für die polizeiliche Arbeit nicht ausgebildet und nicht ausgestattet.“

Die Polizei müsse im Gegenteil die Bundeswehr bei Auslandseinsätzen zunehmend unterstützen, da ihr die Erfahrung im Umgang mit zivilen Demonstrationen fehle. Es sei auch nicht einleuchtend, die Bundeswehr in Deutschland für Objektschutzmaßnahmen einsetzen zu wollen, während Bundeswehrobjekte bereits heute von privaten Sicherheitsunternehmen bewacht werden müssten.

Freiberg: „Mit ihrem Vorschlag, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, drückt sich die Union lediglich vor der notwendigen Konsequenz aus der angespannten Sicherheitslage, den Stellenabbau bei der Polizei umgehend zu beenden und die Personalstärke den Erfordernissen anzupassen.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190